

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Behandlung der dringlichen Anträge. Ich möchte mitteilen, dass ein Antrag von der Frau Gemeinderätin Ulrike Bauer zurückgezogen wurden, zum Thema Psychotherapiestunden und der dringliche Antrag zur ÖBB Lehrwerkstätte ist nunmehr ein gemeinsamer von ÖVP und SPÖ.

1) ÖBB-Lehrwerkstätte/Petition an das Land Steiermark

GR. **Simbürger** stellt namens der ÖVP und der SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Simbürger**. Bei meinem Dringlichen Antrag geht es, meine Damen und Herren, um die ÖBB-Lehrwerkstätte Graz, mittlerweile ist ja mein Dringlicher ein gemeinsamer Dringlicher geworden zwischen ÖVP und SPÖ. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Laut Arbeitsmarktstatistik von Mai 2005 gibt es in Graz derzeit 341 Lehrstellensuchende, denen 101 offene Lehrstellen gegenüberstehen. Die Zahl der Lehrstellensuchenden übertrifft somit die offenen Stellen: Die Chance auf einen Lehrplatz wird sukzessive geringer, obwohl die Stadt Graz im Wege der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung eine Jugendbeschäftigungsdrehscheibe eingerichtet hat.

Nunmehr steht auch im Raum, meine Damen und Herren, dass seitens der ÖBB die Lehrwerkstätte in Graz zu schließen und nur noch in Knittelfeld Lehrlinge auszubilden.

Dabei wäre der Bedarf, meine Damen und Herren, an ausgebildeten Facharbeitern und Facharbeiterinnen in Graz groß: Die Grazer Lokführer zum Beispiel sitzen auf 3500 alten Urlaubstagen, die sie vermutlich nie konsumieren können, und allein heuer haben sie schon weitere 6000 Überstunden angehäuft. Mit diesen „Altlasten“

könnten (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*) 72 Vollarbeitsplätze geschaffen werden.

In einem einmaligen Kraftakt hat der Gemeinderat der Stadt Graz am 5. Oktober 2001 beschlossen, mit einer Investition von 2,5 Millionen Schilling, in Euro 181.682, für zehn Lehrlinge bis 2005 die Ausbildung in der ÖBB-Lehrwerkstätte in Graz zu sichern.

Derzeit werden den Lehrwerkstätten der ÖBB Lehrlinge über das AMS, finanziert durch das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz – kurz JASG – zugewiesen. Das AMS plante über den JASG der ÖBB-Lehrwerkstätte in Knittelfeld 15, der in Graz sechs Lehrlinge zuzuweisen. In einem Schreiben an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl erklärt die ÖBB nun, die Lehrwerkstätte in Graz mangels Auslastung schließen zu müssen, und nur mehr die Knittelfeld betreiben zu wollen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der Gemeinderatsfraktionen der ÖVP und der SPÖ den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

- a) der Gemeinderat der Stadt Graz möge die Steiermärkische Landesregierung und den Bund in einer Petition auffordern, die Mittel aus dem JASG, via AMS beziehungsweise ÖBB nicht nur für die Lehrwerkstätte in Knittelfeld sondern auch für Graz einzusetzen.
- b) Auf Basis des am 17.3. dieses Jahres von GR Klaus Eichberger eingebrachten und vom Gemeinderat beschlossenen dringlichen Antrages betreffend beschäftigungsfördernde Maßnahmen werden die Mitglieder des Stadtsenates beauftragt, Jugendbeschäftigungsmaßnahmen im Rahmen ihrer Ressortmöglichkeiten zu erarbeiten, diese als Informationsbericht in der September-Sitzung dem Gemeinderat – wie bereits beim Antrag am 17.3. dieses Jahres beschlossen – zu präsentieren, um die entsprechenden Maßnahmen im Zuge der Budgeterstellung zu berücksichtigen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick** zur Dringlichkeit: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen und zwar deshalb, weil wir nicht einmal den gültigen Antrag haben. Ich bedanke mich sehr herzlich für dieses Demokratieverständnis, wir haben ausgemacht, dass wir den Antrag ein, zwei Tage vorher kriegen, ihr wisst eh die Termine und dann wird ja sowieso in der letzten Minute immer geändert, das habt ihr ja wieder geändert, ich habe den alten Antrag. Ich meine, so kann es bitte nicht gehen, das ist eine Vorgangsweise, die ist abenteuerlich. Für was wir uns diese Termine ausmachen, möchte ich wirklich wissen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Wird natürlich weiterzugeben sein auch an die Klubvorsitzenden, wir nehmen das zur Kenntnis.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Slamanig** zum Antrag: Geschätzte Damen und Herren! Es tut mir weh, wenn ich sehe, dass heute die Lehrwerkstätte am Balkon war und auf Grund der Arbeitsweise, die der Gemeinderat an sich hat, die dann jetzt mehr oder weniger unverrichteter Dinge wieder abgezogen sind, weil ihre Arbeitszeiten schauen anders aus, als die unseren. Nichtsdestotrotz ist es ein dringendes Anliegen. Ich habe nur einige Fragen noch dazu und zwar kann ich mich erinnern in dem Haus, es werden zwar nicht alle da gewesen sein, aber es hat ja schon einmal einen Beschäftigungsgipfel gegeben, wo man das mehr oder weniger grundsätzlich erörtert hat, dann hat sich unter Stingl und Pailerl ein Lehrwerkstättengipfel, die haben einen Gipfel abgehalten und damals war mir ganz klar, dass also die Wirtschaft Zusagen gemacht hat, ihren Beitrag für die Aufrechterhaltung dieser Bildungseinrichtung zu leisten und jetzt ist natürlich die Frage, hat die Wirtschaft also ihrerseits das Interesse in den letzten drei Jahren verloren oder sollte man nicht wiederum versuchen, bei der Wirtschaft nachzufragen, ob sie irgendwie über den Bereich der ÖBB hinaus Interesse gibt, dort die

Ausbildung aufrecht zu erhalten. Das zweite ist, dass natürlich jetzt nicht Stingl und Paierl angesprochen, weil die sind nicht mehr in Amt und Würden, aber ich würde einmal an die Erben herantreten und fragen, also an die politischen Erben dieser beiden, sprich Nagl, und wer im Land jetzt zuständig ist, weiß ich im Moment nicht, aber die sollten ausgehend von den Überlegungen, die damals an diesen Lehrwerkstättengipfel eben teilgenommen haben, fragen, was kann jetzt noch getan werden, damit diese präkäre Situation im Ausbildungsbereich der Stadt Graz nicht so endet, wie wir das jetzt schon seit Jahren erwarten, nämlich dass irgendwann auch jene traditionelle Lehrwerkstätte der ÖBB ihren Geist mehr oder weniger aushaucht und so kann es nicht sein. Ich erinnere dran noch einmal, dass in den 60er Jahren also die Facharbeiterausbildung einen wesentlich höheren Stellenwert gehabt hat, als heute, weil eben die Struktur sich in der Ausbildung auch geändert hat. Nichtsdestotrotz glaube ich aber, dass die Wirtschaft ihrerseits nicht verzichten sollte auf solche Ausbildungseinrichtungen, weil nämlich gerade das ein Segment ist, wo man letztendlich also auch Standortvorteile damit belegen kann. Also wenn man keine Facharbeiter mehr haben, dann hat man irgendwo Fachschüler oder Hochschulabgänger oder was immer, aber wenn wir kein Facharbeiterpotential in dem Land haben, wird das insgesamt auch im europäischen Ausmaß dramatisch oder schlecht. Die ÖBB hat das ja schon vor vielen Jahren gemacht, dass sie gesagt hat, sie werden auf kurz oder lang diese Einrichtung abtreten. Ich glaube, dass der Gemeinderat zumindest einmal mit diesen dringlichen Antrag, der heute sicher beschlossen wird, ein Signal noch einmal setzt, dass wir mit dieser Entscheidung der ÖBB einmal nicht einverstanden sind. Aber noch einmal, den Bartenstein in die Pflicht nimmt, weil er ist Arbeiter- und Wirtschaftsminister und er sollte irgendwann auch überlegen, was für eine Bedeutung das für Graz hat und die anderen beiden Herren, ohnedies in Pflicht nimmt. Ich wünsche mir, dass, bevor diese Entscheidung tatsächlich getroffen wird, die maßgeblichen Verantwortungsträger sich das noch einmal gründlich überlegen, damit wir, zumindest den Standort Graz noch als Ausbildungsstätte bei der ÖBB erhalten (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ja, Herr Gemeinderat, genau das ist ja Thema des heutigen Antrages, dass wir nicht nur ein Signal setzen, sondern uns auch solidarisch für den

Standort Graz erklären. Richtig ist, dass das derzeitige Management in erster Linie überhaupt die österreichischen Lehrwerkstätten in Frage gestellt hat und insbesondere die Grazer Lehrwerkstätte und aus diesem Grund, glaube ich, ist es höchst notwendig eine derartige Initiative im Grazer Gemeinderat zu starten. Dies deswegen, weil die Stadt Graz, das ist richtig, auf Initiative von Bürgermeister Stingl in der letzten Gemeinderatsperiode gemeinsam mit dem Landesrat Paierl diesen Ausbildungsverbund geschaffen hat und wir in die Infrastruktur, genauer gesagt, in eine computergesteuerte Drehbank die Objektförderung von Seiten der Stadt gegeben haben mit 36.000,- Euro immerhin und wir schon damals ausgegangen sind, dass die Lehrlingsausbildung, derzeit 60, an der Zahl, dass die nach dreieinhalb Jahren, das ist leider jetzt der Fall, nicht ausläuft und deswegen, glaube ich, ist es nicht nur ein Zeichen, dass wir jetzt für die Lehrwerkstätte insgesamt setzen, sondern dass wir zeigen, dass die Jugendbeschäftigung insgesamt auch diesem Gemeinderat ein Anliegen ist. Es gäbe eine vielfache Diskussion zu führen. Wir wissen ganz genau, dass man auch Überlegungen anstellt von der dualen Lehrlingsausbildung abzugehen, das kann nicht im Interesse der Qualität der Lehrlingsausbildung liegen und schon gar nicht im Interesse auch der Jugendlichen, weil sie mit einer Entschädigung dann abgefertigt werden, das wissen wir. Und es ist auch richtig, dass wir die Diskussion führen, aber da gibt es durchaus unterschiedliche politische Positionen, ob es nicht sinnvoll überhaupt in Österreich ist, einen entsprechenden, und im Land Steiermark überhaupt einen Lehrlingsfonds einzurichten. Aus dem Grund, dass wir jene in die Pflicht zu nehmen haben, nämlich die Wirtschaft auch, die nicht bereit ist, Lehrlinge auszubilden. Andere, Klein- und Mittelbetriebe bis zu Industriebetrieben sind bereit, Lehrlinge auszubilden...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Frau Gemeinderätin, das ist Diskussion politische, Sie können einen anderen Zugang haben, wenn Sie ihn haben, dann bitte das Wort ergreifen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich habe mich zu Wort gemeldet und ist auch möglich. Und aus diesem Grund, glaube ich, ist die Initiative heute zu begrüßen. Die Diskussion wird uns weiterhin begleiten (*Applaus SPÖ*).

GR. **Simbürger**: Meine Damen und Herren! Ich darf mich im Sinne der Lehrlinge für die breite Zustimmung bedanken und Frau Gemeinderätin, Frau Mag. Frick, ist nicht in meinem Bereich gelegen. Tut mir Leid, dass da etwas daneben gegangen ist. Aber noch einmal herzlichen Dank für die abzuzeichnende breite Zustimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**2) Zusätzlicher Personaleinsatz in der Allgemeinen Pflichtschule als Antwort auf die Ergebnisse der PISA-Studie und auch als arbeitsmarktpolitisches Instrument**

GRin. **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bauer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag zur dringlichen Behandlung betrifft zusätzlichen Personaleinsatz in Allgemeinen Pflichtschulen, als Antwort auf die Ergebnisse der PISA-Studie und auch als arbeitsmarktpolitisches Instrument. Als Folge des Schülerrückganges wird sich für eine hohe Anzahl von LehrerInnen mit befristeten Verträgen (II-L Verträge) für das Schuljahr 2005/06 keine Weiterverwendung im Steirischen Schuldienst ergeben.

Wenn diese Lehrkräfte Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wäre der Einsatz der LehrerInnen für mindestens ein Schuljahr im Schuldienst wesentlich sinnvoller.

Gerade in Klassen mit hohen Schülerzahlen wären zusätzliche Lehrpersonen sehr hilfreich und unterstützend, verhaltensauffällige Kinder könnten intensiver betreut werden und auch lernschwache und begabte SchülerInnen würden durchaus differenziertere Förderungen erhalten können. Ein solches Angebot wäre gerade in Zeiten von PISA sehr nützlich, zugleich auch eine positive arbeitsmarktpolitische Initiative, da diese Maßnahme den sogenannten JunglehrerInnen zusätzliche Praxis bieten und so den Verbleib im Schuldienst gewährleisten würde. Gerade diese jungen LehrerInnen sind beim AMS schwer vermittelbar und ein jahrelanges Warten auf eine Anstellung wäre ihrer Praxis in der Arbeit mit den Kindern in der Klasse nicht dienlich.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung und die Österreichische Bundesregierung werden aufgefordert, mit dem Ziel in Verhandlung zu treten, ein Modell pädagogischer Maßnahmen für die Klassen mit hoher Schüleranzahl zu entwickeln, wobei mit verschiedenen Institutionen der auf freiwilliger Basis erfolgende Einsatz von arbeitslosen II-L-LehrerInnen zu verhandeln ist und Lösungen zu erarbeiten sind (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer** zur Dringlichkeit: Die Dringlichkeit ist insofern gegeben, denn es ist, wie wir alle wissen, Schulschluss und ich denke mir, die Kinder, die im Herbst in die Schule kommen, haben einfach die Möglichkeit oder müssen die Möglichkeit haben, die qualitativste Schulbildung zu genießen und zu diesem Sinne denke ich mir, ist es wirklich dringlich, dass das auch im September wieder weitergehen kann.

Dringlich ist es auch insofern, dass es nicht sehr lustig ist, für Junglehrer, die, ich sage es jetzt unter Anführungszeichen, oft nicht mehr wirklich vom Alter her Junglehrer oder Junglehrerinnen sind, auch diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu setzen. Ich wünsche mir, dass das nicht nur ein kurzfristiger Antrag ist, sondern dass es weitergeht und vor allem die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl muss auch vorrangig weiterhin betrieben werden. Nur in diesem Sinne kann das auch weiterführend von uns mitgetragen werden (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden diesem Antrag von der Dringlichkeit und vom Inhalt her unterstützen. Worum geht es in diesem Antrag? Es geht um die Schul- und Unterrichtsqualität und um arbeitsmarktpolitische Verbesserungen. Wir wollen natürlich nicht, dass gut ausgebildete junge Kolleginnen und Kollegen, bin ja selbst Lehrer, beim AMS vorstellig werden müssen und begrüßen daher jede Möglichkeit, sie im Arbeitsprozess behalten zu können. Ich habe natürlich ein Problem noch mit diesem Antrag. Was passiert mit den Kolleginnen und Kollegen im Schulbereich, die noch nicht die Möglichkeit gehabt haben, in den Arbeitsprozess eintreten zu dürfen, die gut ausgebildet sind, aber noch nicht arbeiten konnten. Und dann habe ich nicht nur mit dem Antrag ein Problem, sondern auch manchmal mit der ÖVP und ihrer Bildungspolitik. Vor acht Wochen habe ich hier einen dringlichen Antrag gestellt, der zwei Dinge beinhaltet hat, eine Petition an den Bundesgesetzgeber für die Gesamtschule der 10- bis 15-Jährigen, eine Maßnahme, meine sehr verehrten Damen und Herren, die natürlich einen erhöhten Lehrer und Lehrerinneneinsatz fordert, arbeitsmarktpolitisch und was die Qualität an den Schulen betrifft, PISA-Studie wurde erwähnt, gerade im Pflichtschulbereich sicher ein Thema. In diesen beiden Bereichen Arbeitsmarktpolitik und Unterrichtsqualität wäre die Gesamtschule auf jeden Fall ein Fortschritt. Die ÖVP hat es leider abgelehnt. Gott sei Dank wurde die Petition trotzdem verabschiedet mit Hilfe der Stimmen der SP und der Grünen. Der zweite Teil meines dringlichen Antrages vor acht Wochen war die Bitte um Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, gerichtet wieder an den Bundesgesetzgeber, Klassenschülerhöchstzahl 25, dieser Punkt wurde auch mit

Hilfe der SP und Grünen durchgebracht, die ÖVP hat sich leider wieder dagegen gewehrt. Trotzdem werden wir diesen Antrag natürlich unterstützen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Fraktion stimmt natürlich auch dem Antrag bei, obwohl dieser Antrag natürlich auch Schönheitsfehler hat. Hier geht es vor allem um die II-L-LehrerInnen, das sind jene LehrerInnen die kurzfristig oft eingesetzt werden, wenn es lange Krankenstände gibt, die zeitlich begrenzte Verträge haben. Über die qualitativ hohe Ausbildung dieser KollegInnen wurde berichtet. Ich werde das nächste Mal ebenfalls einen Antrag einbringen und dieser Antrag wird sich beziehen auf die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache und ich gehe davon aus, dass natürlich die ÖVP, wenn es um die Qualität für die Kinder geht, um die Qualität für den Unterricht und die Chancen, die dann diese Kinder bekommen sollen in dem zusätzliche Stunden gegeben werden, in dem zusätzliche LehrerInnen eingestellt werden. Es wird auch um die Förderung des Muttersprachenunterrichts gehen, da werde ich mich sehr freuen, Kollegin, wenn Ihr zustimmen werdet. Denn das ist für mich auch ein Prüfstein, aber heute habt ihr einmal unsere Unterstützung.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Edlinger** zum Antrag: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Der Kollege Fabisch von der KPÖ... So wenn sich die Aufregung gelegt hat, bei der ÖVP-Fraktion, einen guten, qualifizierten Lehrer eventuell in ihren Reihen zusätzlich zu haben... Also der Kollege Fabisch von der KPÖ hat hier von dieser Stelle aus gesagt, er hat sein Problem mit der ÖVP und hat auf seinen Antrag von damals Bezug genommen. Sigi Binder hat es als Schönheitsfehler bezeichnet, den dieser Antrag hat, ich habe mir die ganze Zeit, wie ich den Antrag gelesen habe, zurückerinnert an diverse Pressemeldungen, die sind noch nicht lange her, ein paar Wochen. Ich hoffe, die meisten von Ihnen werden sie noch in Erinnerung haben, wo die Bildungslandesrätin

eigentlich recht positiv erklärt hat, natürlich ist niemand zufrieden bei der ÖVP mit dem Rückgang der Kinderzahlen, das wissen wir, aber es gehen halt die Schüler/Schülerinnenzahlen zurück und deswegen müssen so und so viele Lehrer/Lehrerinnen nächstes Jahr aus dem Schuldienst ausscheiden. Wir kennen das schon, das haben wir jetzt schon mehrere Jahre so erlebt, das ist dann immer das Argument gekündigt wird eh niemand, natürlich nicht, weil ja die Lehrer/Lehrerinnen nur einen Ein-Jahres-Vertrag haben, das heißt einfach, es kommt nur nicht zur Verlängerung dieses Ein-Jahres-Vertrages. Viele Bildungsinstitutionen, viele Lehrer/Lehrerinnen, viele andere Elternvereine und andere im bildungs- und pädagogischen Bereich Tätige haben immer wieder gefordert, wenn wir schon diese Situation haben, nützen wir sie und den Lehrer/Lehrerinnenstand, um einfach die Klassen Schüler/Schülerinnenhöchstzahlen zu senken. Das ist irgendwie verhallt und jetzt haben wir einen Antrag am Tisch, wo genau diese Problematik von Ihnen angesprochen wird, Frau Kollegin, die hohen Klassenschüler/schülerinnenzahlen, die eben in vielen Fällen einfach das Unterrichten auch schwierig machen und deswegen, sage ich jetzt nicht, es ist ein Schönheitsfehler, es ist ein Doppelspiel, auf das wir aber einsteigen müssen, weil wir hier herinnen sonst keine breit getragene gemeinsame Forderung hätten für unsere Grazer Kinder. Es tut mir nur trotzdem Leid, weil in Wirklichkeit das beste für alle Beteiligten auch im Sinne der Kontinuität wäre die Fort- und Weiterbeschäftigung der Lehrer und Lehrerinnen, dann hätten wir genügend Personal, um Engpässe abzudecken, es wäre genügend Personal da, um genau all die Probleme, die Sie angesprochen haben, auch bestmöglich abzudecken und vor allem tut es ein bisschen weh, weil im Antragstext ja von der freiwilligen Basis die Rede ist. Wenn wir wirklich eine Senkung der Klassenschüler/schülerinnenhöchstzahlen hätten, dann hätte wir damit quasi auch einen Rechtsanspruch der Kinder in Klassen mit vertretbaren Schüler/Schülerinnenzahlen bestmöglich pädagogisch betreut zu werden. So haben wir hier eine freiwillige Basis, ob jetzt Lehrer/Lehrerinnen zusätzlich zum Einsatz kommen oder nicht, bleibt eben genau dieser Freiwilligkeit überlassen. Ich würde mir für die Grazer Kinder eben einen rechtlichen Anspruch auf bestmögliche qualitativ hochwertige pädagogische Betreuung wünschen.

GRin. **Bauer**: Liebe Kollegin Elke Edlinger, ich möchte nur sagen, nicht nur die ÖVP ist traurig über die sinkenden Schülerzahlen, ich hoffe auch alle anderen, das wünsche ich mir zumindest. Das wir natürlich unser möglichstes auch tun und ich bin da ganz bei Ihnen, was die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen betrifft, ist auch eine Forderung unserer Landesrätin, wobei ich auch sagen muss, dass in Graz relativ wenig Klassen davon betroffen sind. Zu den II-L-Lehrerin ist zu sagen, dass in Graz die Situation noch relativ gut ist im Vergleich zum Rest der Steiermark, insofern werden sehr viele II-L-lehrer in Graz weiter Verwendung finden, was sehr begrüßenswert ist und daher meine Maßnahme trotzdem als sehr wichtig sehe und weiters möchte ich auch noch sagen, Kollege Fabisch, auch bundespolitisch ein Umbruch spürbar ist, es gibt zahlreiche Neuerungen, Gesetzesvorschläge, die sicher sehr positiv zu bewerten sind für die Schülerinnen/Schüler und für Eltern und auch die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung bieten auf freiwilliger Basis, dazu stehen wir und ich möchte noch ganz zum Schluss sagen. Ich bin froh und dankbar, dass dieser dringliche Antrag so einstimmig angenommen wurde, insofern, weil es für die Lehrerinnen natürlich ganz wichtig ist unterzukommen und im Schulbetrieb verbleiben zu können, aber ich sehe es auch als ganz wichtige pädagogische Maßnahmen in Zeiten, wo solche massiven Kürzungen auch im therapeutischen Bereich für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler gibt. Dass man da wenigstens Unterstützung findet, als Lehrer und in der Klasse als Verband für die einzelnen Kinder. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Schaffung eines „Ordnungsamtes“/Abteilung für öffentliche Sicherheitsfragen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! In meinem Antrag geht es um die Prüfung zur Schaffung eines sogenannten Ordnungsamtes, wobei ich das folgendermaßen begründen möchte und Ihnen auch den Motivenbericht zu diesem dringlichen Antrag kundtun möchte. Es gibt eine Vielzahl (ortspolizeilicher) Verordnungen im Bereich der Stadt Graz, die sich jedoch auf Grund mangelnder Überwachungsmöglichkeiten als mehr oder minder zahnlos erweisen, wodurch sogar ein gegenteiliger Effekt erreicht wird: Denn die beste im Sinne der Bevölkerung zu deren Schutz oder auch zu deren Sicherheit erlassene Verordnung fruchtet nichts, wenn deren Einhaltung nicht kontrolliert wird. Dies führt meistens zum Ergebnis, dass der Unmut der Bevölkerung sogar noch größer wird, weil eben niemand zum Beispiel gegen einen frei laufende Hunde auf einem Spielplätzen oder gegen Lärmerregungen, gegen RadfahrerInnen auf Parkwegen etc. einschreitet. Und heute haben wir schon das eine oder andere Beispiel gehört, ich denke hier an die Wortmeldung der Kollegin Kahr oder auch an die Wortmeldung der Kollegin Uray-Frick, die ebenfalls darauf hingewiesen haben, in Bezug auf Lärmerregung, in Bezug auf Sperrstundenregelung, dass es hier Unmut gibt, dass es hier Unzufriedenheit gibt, nur auch als Beispiel und als Hinweis, wie dringend notwendig hier eine entsprechende Handhabe wäre.

Dies bedeutet, dass es zielführend und zweckmäßig wäre, mit der Kontrolle dieser Verordnungen eine städtische Behörde zu betrauen. Dass Derartiges in diese Richtung, dass eben die Stadt für eine entsprechende Kontrolle und Ordnung sorgt, dass dies funktioniert, zeigen deutsche Städte und in diesen deutschen Städten, gibt es den Begriff der sogenannten Ordnungsämter, deren Aufgaben von der Registrierung falsch geparkter Fahrzeuge über die Erteilung von Genehmigungen für Verkaufsstände im öffentlichen Raum bis hin zur Kontrolle von Notausgängen in Gaststätten oder was die Überwachung der Frische, der Güte von Lebensmittel betrifft, hier reichen. Aber nicht nur dieses Aufgabengebiet zählt zu den Agenden dieser Ordnungsämter in Deutschland, sondern auch noch weitere Dinge werden von den festgesetzten „Ordnungsbeamten“ kontrolliert und zwar in Bezug auf Lärmerregungen, Radwegbenutzungen, Fußgängerzonen, ruhender Verkehr, Einhaltung der Sperrstundenregelungen, Sauberkeit im öffentlichen Raum und in Grünanlagen, illegale Ablagerungen von Müll am Straßenrand, Hundeverbot auf

Spielplätzen, das Führen gefährlicher Hunde, Leinenpflicht, Kontrolle der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes beziehungsweise auch Missbrauch öffentlicher Gelder durch Privatpersonen, wobei in diesem Zusammenhang natürlich auch Bußgeldverfahren eingeleitet beziehungsweise direkt vor Ort abgehandelt werden könnten und sollten. Zudem vermitteln diese uniformierten OrdnungsbeamtInnen durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum der Bevölkerung natürlich auch noch ein Sicherheitsgefühl und ich glaube, dass haben wir auch in den letzten Gemeinderatssitzungen sehr, sehr oft diskutiert, einfach dieses subjektive Sicherheitsgefühl oder Unsicherheitsgefühl, das in vielen Grazerinnen und Grazern schlumert.

In diesem Sinne ist es aus Sicht der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ein interessanter Ansatz, die Installierung eines derartigen „Ordnungsamtes“ – wobei wir uns jetzt nicht auf Begriff Ordnungsamt festlegen, sondern das Ganze soll eher als Arbeitstitel dienen und wir sind auch hier aufgeschlossen und flexibel, sollte hier der tolle und signalhafte Kick kommen, dass wir hier dies anders bezeichnen könnte, zu überlegen, wobei grundsätzlich festzuhalten ist, dass dieses Modell keinerlei ein Konkurrenzmodell zur Polizei darstellt sondern als Unterstützung gedacht ist und wir auch nicht einen eigenen Wachkörper und einen eigenen Sicherheitskörper hier installieren wollen, wobei wir darauf besonderen Wert legen. Auch wäre durch diese Installierung, blieben wir bei dem Begriff Ordnungsamt, auch hier dadurch ein Mittel zu setzen, in Bezug auf Wildwuchs an zum Teil sehr zweifelhaften Problemlösungen, die im Zusammenhang mit Ordnung, mit Sicherheit in den letzten Sitzungen hier auch in diesem Hause immer wieder getätigt und diese Aussagen getroffen wurden. Einerseits könnte damit gewährleistet werden, dass Verordnungen kontrolliert werden, andererseits würde unter Umständen das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen durch die Präsenz uniformierter Stadtbeamter erhöht, und zum Teil gäbe es natürlich auch auf diesem Weg Synergieeffekte, indem etwa eine solche Abteilung mittelfristig auch die Überwachung der Kurzparkzonen übernimmt, was natürlich auch im Interesse der auch heute wieder sehr oft zitierten Aufgabenkritik wäre. Dadurch - wie übrigens auch in Deutschland es funktioniert - wäre es nicht erforderlich, mehr Magistratsbedienstete einzustellen, also es geht nicht darum, hier zusätzliche Beamte in den öffentlichen Dienst aufzunehmen, sondern vorhandenes

Personal, selbstverständlich nach intensiver Schulung, nach einer entsprechenden Ausbildung, dafür einzusetzen. Und jetzt darf ich zum dringlichen Antrag kommen.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge die Magistratsdirektion beauftragen, im Sinne dieses von mir genannten Motivenberichts zu überprüfen, inwieweit in Graz eine Magistratsabteilung für öffentliche Sicherheit nach Vorbild der Ordnungsämter in deutschen Städten eingerichtet werden und welche Bereiche eine solche zu schaffende Abteilung grundsätzlich abdecken könnte, inwieweit eine Strukturreform innerhalb der städtischen Verwaltung dies bedingen würde beziehungsweise welche Ressourcen dafür erforderlich wären und dem Gemeinderat bis September des heurigen Jahres einen entsprechenden Bericht zu diesen Prüfungsergebnissen vorzulegen. Gleichzeitig sollte man das Thema dieser Ordnungsämter oder dieser Ordnungsbeamten auch auf die Tagesordnung des Arbeitskreises Sicherheit, der ja kontinuierlich hier in diesem Haus tagt, setzen. Ich bitte Sie um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schöneegger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Vorsitzender! Ich kann es kurz machen, Sie kennen die Grazer Volkspartei und ich brauche Ihnen nicht erzählen, dass wir für alle Ideen und Vorschläge, die die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz betreffen offen sind. Daher werden wir diesem Antrag natürlich unterstützen und ich freue mich auch, dass diese Idee dieser Vorschlag, dem vom Bürgermeister eingerichteten Arbeitskreis für Sicherheit zugewiesen wird, denn da wird dem Ganzen der nötige Spin, wie man so schön sagt, noch verliehen werden. Ich bedanke mich (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag auch unsere Zustimmung geben, er ist seit langem einer der wirklich vernünftigsten Vorschläge hier im Haus, um bestimmte Bereiche, die schon länger hier im Gemeinderat auch angesprochen wurden, wie zum Beispiel eben auch die Einhaltung der Sperrstundenregelung, das wäre durchaus ein Ansatz. Ich wünsche mir und hoffe auch, dass das auch personell so ausgestattet werden könnte, dass es auch wirklich dann diese Beamtinnen und Beamten auch aktiv werden können. Vor allem möchte ich unterstreichen, wie im Motivenbericht auch angeführt wurde, dass diese Ordnungsbeamten oder Beamtinnen oder wie immer sie dann auch heißen werden keinerlei Konkurrenz zur Polizei darstellen sollen. Das ist für uns ganz wichtig, also ich denke, dass nach wie vor es notwendig ist, dass bestimmte Bereiche wirklich in den Händen der Polizei bleiben und sozusagen das nicht ein Ersatzwachdienst ist und vor allem, was ich für richtig halte, dass es im Bereich der öffentlichen Hand bleibt und nicht irgendwelche Privat-Sheriffs sozusagen sich hier dann aufspielen können (*Applaus KPÖ*).

GR. **Lozinsek:** Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Ich bin doch etwas überrascht über den Sinneswandel vor allem nicht nur der SPÖ sondern auch der KPÖ, es hat Zeiten gegeben, und ich denke vor allem an die vorige Periode, wo mein Kollege Gemeinderat Paulewicz einen ähnlichen Antrag gestellt hat, damals wurde er noch abgelehnt und zurückgewiesen, heute als sehr vernünftiger und einzig richtiger Weg erkannt. Ich bin angenehm überrascht, muss ich natürlich dazu sagen, weil gerade von der SPÖ in den letzten zwölf einhalb Jahren und das ist also der Zeitraum, den ich hier beurteilen kann, solange bin ich im Gemeinderat, absolut nichts Konstruktives im Bereich öffentlicher Sicherheit gekommen ist, es ist lediglich Ablehnung, Ablehnung, Ablehnung gekommen, sämtliche Vorschläge wurden reflexartig zurückgewiesen, die von unserer Seite, zum Teil auch von der ÖVP-Seite gekommen sind und man hat sich also darauf beschränkt, mehr Polizei zu fordern, wobei man sagen muss, das ist also auch erst dann eingetreten, nachdem es nach einem roten Innenminister einen schwarzen Innenminister gegeben hat. Davor hat man gesagt, eigentlich braucht man nicht mehr Polizei...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Vorher ist auch nicht eingespart worden.

GR. **Lozinsek:** Vorher ist sehr wohl eingespart worden, ich denke da an eine Anfrage oder einen dringlichen Antrag vom Gemeinderat Miedl noch, der damals diese Problematik aufgedeckt hat, dass auch damals schon sehr viele Dienstposten nicht besetzt wurden. Damals hat es geheißen, das ist ja nicht notwendig und ich kann mich auch noch erinnern an eine Kollegin, die damals gesagt hat, sie hätte eine Umfrage gemacht, ich glaube von der sozialistischen Jugend war diese Umfrage, mit dem Ergebnis, dass die Leute eigentlich sich durch zuviel Polizeipräsenz eigentlich noch unsicherer fühlen und eigentlich weniger Polizei haben wollen. Also diese Sinnesgeschichteln, diese Änderungen sind recht interessant. Mir soll es recht sein, wenn die SPÖ lernt und wenn es so weitergeht, ich habe mich gewundert beziehungsweise gefragt, wie der Kollege Eichberger eigentlich zu dieser Funktion gekommen ist des Sicherheitssprechers, wahrscheinlich wie die Jungfrau zum Kind, keine Ahnung von der Thematik, aber er muss sich da durchboxen...

Zwischenruf GR. Pleyer: Aber er ist gut, der Antrag.

GR. **Lozinsek:** Aber er ist gut, er ist deswegen gut und es gefällt mir am Kollegen Eichberger, der Bursche hängt sich rein offensichtlich und lernt. Was ich ja nicht von jedem Sozialdemokraten in dieser Angelegenheit sagen kann. Ich habe also die Themen zum Arbeitskreis Sicherheit auch ausgegraben und den Beitrag der SPÖ, wo also von einem Ordnungsamt überhaupt nichts drinnen steht, da steht einfach, wie die Personalsituation der Grazer Polizei, dann das öffentliche Dealen im Stadtpark, das auch schon einmal heruntergespielt wurde von der SPÖ, jetzt ist es wieder ein Thema und stärkere Kontrollen von Gaststätten-Sperrstunden. Das sind also die drei Themen, die die SPÖ im Arbeitskreis Sicherheit behandelt haben will.

Offensichtlich haben sie dann das ganze Konvolut auch von den anderen Fraktionen durchgelesen und siehe da, bei der FPÖ steht drinnen unter anderem auch Einrichtung eines Ordnungsamtes nach deutschem Vorbild. Es freut mich, wenn also die SPÖ unsere Themen abschreibt, wenn es wirklich nur darum geht, den Vaterschaftsprozess zu führen, soll es mir recht sein, hängt euch das Fähnchen um oder aufs Kopferl oder aufs Hüterl, mir ist es wichtig, dass etwas weitergeht bei diesen Geschichten. Das Einzige was mich stört, und das hat mich jetzt etwas überrascht, die Interpretation vom Kollegen Schönegger, dass das jetzt automatisch dem Arbeitskreis Sicherheit zugewiesen wird, ich weiß nicht, wird das so gemacht,...

Zwischenruf GR. Schönegger: Steht im Antrag.

GR. **Lozinsek**: Steht im Antrag? Dann habe ich wieder einen alten Antrag, dann ist der auch wieder geändert worden, weil in dem Antrag steht es nicht, den ich habe von der SPÖ. Ich habe mich schon gewundert, weil das würde mich stören, weil wir setzen uns da zusammen unter der Schirmherrschaft des Herrn Bürgermeister, ich bin auch nicht ganz zufrieden, wie das dort läuft, aber sozusagen dort nichts einzubringen und dann mit einem dringlichen Antrag das Ganze jetzt wieder aufzurollen, ist nicht unbedingt die feine Art. Grundsätzlich wir stimmen natürlich der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu und freuen uns, wenn es so ähnlich weitergeht und man das Thema Sicherheit dann endlich einmal sachlich und ernst nimmt. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Mag. **Uray-Frick** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Könnten wir vielleicht irgendwann einmal die endgültigen Anträge haben?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ja, Frau Gemeinderätin, ich habe schon bei der ersten Wortmeldung sehr deutlich gesagt, es ist Aufgabe der Klubvorsitzenden der Fraktionen natürlich entsprechend auch der FPÖ, so wie es ausgemacht offensichtlich ist, zukommen zu lassen. Ich kann es nur zur Kenntnis nehmen.

GR- **Khull-Kholwald** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zum Inhalt zwei Dinge sagen, das Erste mögen Sie bitte nicht persönlich nehmen, das ist eher so eine allgemeine Kritik und das andere ist, denke ich, ein sachdienlicher Hinweis, den Sie, glaube ich, in Ihrer, wie schon gesagt, engagierten Art auch gerne aufnehmen werden. Man versucht, denke ich, manchmal in diesem Haus, wenn man so nach Deutschland schaut oder bei anderen Anträgen sogar nach London, seinen Ausführungen so etwas wie Modernität zu verleihen. Ich glaube, bei dem Thema ist das gar nicht notwendig, man hätte zum Beispiel in die Geschichte der Stadt zurückgehen können, wäre dort auf „unansehnliche“ Parkwächter gekommen und ich glaube, auf dieser Schiene hätte man auch eine sinnvolle Argumentation aufbauen können. Zum anderen ist es so, dass man sich auch innerhalb der Grenzen Österreichs bewegen hätte können, es gibt in Hallein so etwas wie eine Orts- oder Stadtpolizei, die ähnliche Aufgaben wahrnimmt und diese Orts- oder Stadtpolizei gibt es schon seit längerer Zeit, auch das wäre, glaube ich, eine Schiene gewesen, auf der man die Argumentation hätte geschickt aufbauen können. Jetzt komme ich zu diesem, glaube ich, nicht ganz unwesentlichen Punkt, der als Anregung bitte aufgenommen werde möge. Ich schicke voraus, ich bin selber kein Jurist, ich hatte aber heute durch Zufall auf der Universität die Gelegenheit, mit einem Juristen über dieses Problem kurz zu reden. Es geht hier darum, dass diese Ordnungsbeamten unter anderem Sauberkeit im öffentlichen Raum und in Grünanlagen, illegale Ablagerungen am Straßenrand, Hundeverbot auf Spielplätzen, Führen gefährlicher Hunde, Leinenpflicht etc. zu kontrollieren hätten und es wird auch gewünscht, dass diese Ordnungsbeamten so etwas wie ein Bußgeldverfahren einleiten können. Jetzt ist es für mich sozusagen durchaus logisch nachvollziehbar, dass wenn ich ein Bußgeldverfahren einleite, es notwendig sein muss, die Identität des Abzustrafenden festzustellen und da wurde mir heute eben mitgeteilt, dass das so ohne weiteres von einem Ordnungsbeamten

der Stadt Graz nicht geleistet werden kann. Es sind für das befugte Organe der Bundespolizeidirektion, zum Beispiel auch Soldaten im Wachdienst des österreichischen Bundesheeres, aber nicht ohne weiteres eben diese Ordnungsbeamten. Ich bitte, das wirklich gleich von Anfang an in Prüfung zu nehmen. Danke.

GR. **Eichberger:** Es gibt ja mannigfachen Grund zu Freude. Zum Ersten freut es mich, dass ich der FPÖ eine Freude gemacht habe, die angeblich jetzt schon über zwölf Jahre auf diesen Antrag gewartet hat. Lieber Alexander, du hast es erwarten können...

Zwischenruf GR. Lozinsek: Den ich schon gestellt habe.

GR. **Eichberger:** Vielleicht hat es halt einen inhaltlichen Unterschied gegeben, könnte sein, ich war damals nicht im Haus. Aber sind wir froh, dass wir ihn jetzt haben, das ist Grund zur Freude. Freude habe ich auch über den in Aussicht gestellten bürgerlichen Spin in dieser Angelegenheit und was mich ganz besonders freut, sind doch die anerkennenden Worte der Kollegin Kahr, was den Inhalt betrifft. Also ich glaube, es ist wirklich ein Antrag, der uns stolz machen kann einerseits dahingehend, dass auch die Grazerinnen und Grazer wissen und merken, wir nehmen ihre Sorgen, ihre Ängste ernst und wir bemühen uns um Lösungen. Zum anderen, dass wir auch Interessierte sind und das hat heute auch die Elke Kahr gesagt, dass unser Interesse darin besteht, hier diese Kontrolle, diese Überwachung und auch möglicherweise die Einschreitungen und auch die entsprechenden Sanktionssetzungen nicht durch irgendwelche halbseriösen oder sehr zweifelhaften Unternehmungen oder Privatorganisationen durchführen zu lassen, sondern, dass die Stadt mit entsprechend qualifiziertem Personal das in Aussicht stellt beziehungsweise übernehmen will. Und zum anderen und das auch in diesem Zusammenhang zum Schluss, und ich glaube, das ist wichtig, auch immer wieder

darauf hinzuweisen, bei all unseren Bemühungen, in diese Richtung etwas weiterzubringen, dass selbstverständlich parallel und mit der gleichen Härte und mit der gleichen Schärfe natürlich auch der Kampf um ein entsprechendes Personal für ein entsprechend adäquates Erfordernis seitens der Grazer Polizei weiterhin natürlich auch gefordert werden muss, das heißt, diese Installierung oder diese mögliche Installierung dieses Ordnungsamtes darf uns in unseren Bemühungen nach mehr Personal bei der Polizei nicht behindern oder da uns in diesen Bemühungen einschränken. In diesem Sinne noch einmal danke für das in Aussicht gestellte oder diese breite Zustimmung, die ich jetzt auch erwarte auf Grund Ihrer Wortmeldungen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Armut und Budget

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen sind wir über Pressemeldungen wieder einmal hart damit konfrontiert worden, was alles im Sozialbereich nicht mehr leistbar ist, nicht mehr möglich sein soll, weil einfach das Geld nicht mehr da ist. Die Stadtregierung befindet sich eben zur jetzigen Zeit in Verhandlungen über das künftige Budget und es ist oft schon diskutiert worden darüber, dass bei der Budgeterstellung Schwerpunkte, politische Schwerpunkte gesetzt werden sollen und damit befasse ich mich in meinem Antrag, nämlich mit Armut und Budget. Zugrunde liegt diesem Antrag auch ein Bericht über die soziale Lage in Graz 2003/2004, der im Sozialausschuss vorgelegt wurde und der sehr intensiv diskutiert wurde. Armut hat viele Gesichter und Armut grenzt aus, macht krank, Armut bedeutet Kälte, erzeugt Stress und macht einsam. Nach den letzten Studien über Armut und Armutsgefährdung in Österreich fallen bereits 13,2 % der Gesamtbevölkerung unter die Armutsgefährdungsschwelle. Ein erhöhtes

Armutsrisiko haben dabei Familien mit drei und mehr Kindern. Noch stärker betroffen sind Alleinerzieherinnen.

Von diesen Zahlen bleibt auch Graz natürlich nicht verschont und so gelten auch in Graz bereits rund 13 % der Bevölkerung als armutsgefährdet. 3,45 % davon sind Kinder und Jugendliche. Gerade für sie ist ein Leben in Armut verbunden mit der Rolle eines Außenseiters beziehungsweise einer Außenseiterin. Die materielle Benachteiligung lässt sie in vielen Bereichen nicht mehr dazugehören und hindert sie daran, mitreden zu können. Das „Anderssein“ führt zum Sinken ihrer Toleranzgrenze. Sie sind anfälliger für Stress, Rangeleien, aber auch für Scham- und Minderwertigkeitsgefühle. Ihre persönliche Entwicklung ist gehemmt und ihre Zukunftschancen reduzieren sich.

Kinderarmut folgt Elternarmut und die aktuellen Arbeitslosenzahlen sprechen eine deutliche Sprache. Um 8,6 % mehr Arbeitslose verzeichnete die Stadt Graz Ende April 2005 im Vergleich zum Vorjahr. Ein ähnlicher Anstieg war bei den arbeitslosen Jugendlichen zu verzeichnen.

Armut und Armutsgefährdung prägen das soziale Bild der Kommunen stärker denn je und ihre Bekämpfung muss zu einem verpflichtenden Bestandteil verantwortungsvoller Kommunalpolitik werden. Umso befremdlicher ist es, wenn Leistungen im Jugend- und Sozialbereich jährlich dem Sparstift zum Opfer fallen und mittlerweile nicht einmal mehr das veranschlagte Jahresbudget ausreicht, um dem Bedarf der Bevölkerung gerecht zu werden.

Die Verhandlungen für das nächste Budget sind bereits angelaufen und die Sparziele schweben als Damoklesschwert über den Jugend- und Sozialämtern. Mit der Einhaltung der vorgegebenen Einsparungsziele wird das Sozialwesen in Graz empfindlich erschüttert.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen und im Zusammenhang mit den laufenden Budgetverhandlungen stelle ich daher namens der Grünen – ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadtregierungsmitglieder werden beauftragt, bei den vorberatenden Budgetverhandlungen für das kommende Budget klare politische und budgetäre Schwerpunkte zu setzen und in einem kommunalpolitischen Willensakt insbesondere die langfristige Sicherung der Mittel für Armutsbekämpfung und beschäftigungspolitische Maßnahmen anzustreben.

GRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Die KPÖ stimmt der Dringlichkeit und dem Antrag zu.

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Der Antrag unserer Kollegin Binder ist von Seiten der SPÖ durchaus zu begrüßen. Die SPÖ stimmt daher der Dringlichkeit und dem Antrag zu, dem Inhalt natürlich auch. Die Armut die steigt in Österreich, in der Steiermark und Graz und die Armut hat viele Gesichter, wir wissen das, es gibt die versteckte Armut auf der einen Seite, die nach außen eben nicht so offen in Erscheinung tritt und auf der anderen Seite die offene Armut, und Kollegin Binder hat eh bereits erwähnt, dass bestimmte Personengruppen besonders betroffen sind von der Armut, das heißt Alleinerzieherinnen, dann natürlich auch Kinder, dann Familien mit mehreren Kindern und auch unsere SeniorInnen. Es gibt immer mehr Menschen die in „Mc-Jobs“ arbeiten mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältniss, sich mit diesen Jobs kaum über Wasser halten können und sich weder eigentlich ernähren können noch Strom, noch Miete zahlen können und das ist deswegen einfach notwendig, dass auch verstärkte Maßnahmen, noch verstärkere Maßnahmen, als in Graz bereits gesetzt werden, künftig gesetzt werden und deswegen ist es einfach notwendig, dass Schwerpunkte für den sozialen Bereich in unserem Budget auch verankert werden und den Eingang finden. Die SPÖ stimmt daher, wie gesagt, der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zu. Ich danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die Fraktion der Freiheitlichen wird diesem Antrag zustimmen, denn es wird wohl niemand in diesem Hause geben, der nicht davon überzeugt ist, dass es darum geht, Ziele zu formulieren und sich zu bemühen, die Armut zu bekämpfen, wobei das natürlich nicht nur eine Anstrengung einer Stadt sein kann, einer Kommune, sondern der Anstrengung sämtlicher Gebietskörperschaften und darüber hinaus bedarf. Lassen Sie mich aber doch in diesem Zusammenhang kurz anmerken, dass es auch, wenn wir so etwas beschließen, dann sollten wir uns auch in diesem Gemeinderat immer wieder bewusst sein, in welcher finanziellen Situation sich die Stadt befindet. Ich darf Ihnen, und ich habe manchmal den Eindruck, dass wir hier im Gemeinderat, also es ist in jeder Sitzung eine lange Liste an Anfragen, die alle bedeuten, wir wünschen uns immer alles, was gut und teuer ist für die Grazer, das ist wunderbar, nur das sind die Prioritäten, die wir zu setzen haben, dass wir schauen, dass unsere Grazerinnen und Grazer nicht auf der Strecken bleiben. Und ich darf Ihnen vielleicht nur ganz kurz aus der internen Zeitschrift an die Magistratsbediensteten den Finanzdirektor zitieren, wenn wir 2010 ein ausgeglichenes Budget und den Schuldenstand bei etwas über einer Milliarde, nicht Schilling, Euro, stabilisiert haben, dann können wir wieder investieren und eventuell auch beginnen, über den Abbau der Verbindlichkeiten dieser einer Milliarde da nachzudenken. Aber das liegt noch in weiter Ferne und bedarf eines konsequenten Weges bis dahin (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Wenn die Kollegin Binder einen Antrag stellt, dann muss man auch dazu was sagen. Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister, vorweg die Sache ist sehr ernst, wir haben die Berichte gehört über die Entwicklung der Armut, versteckte Armut, da gibt es keine gesicherten Zahlen, die dürfte sich in sehr beachtlichem Bereich befinden. Die Volkspartei stellt sich selbstverständlich als politischer Verantwortungsträger auch dieser Frage und das durchaus in der christlich-sozialen Tradition unserer Partei und da können wir auch und wollen wir auch gemessen werden. Und wir haben, Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl gestern Abend einen überaus eindrucksvollen Abend in der Franziskanerkirche hier gemeinsam, viele von uns gemeinsam verbracht, die Soroptimistinnen haben zu einem Konzert geladen mit jenen Studentinnen und Studenten, die hier aus dem

Ausland kommend an der Grazer Musikuniversität sozusagen ihren letzten Schliff bekommen und ich kann nur sagen, für die, die nicht dort waren, es war die musikalische Darbietung sehr beeindruckend, aber auch die Initiative der Soroptimistinnen. Ich möchte damit stellvertretend sagen, dass die freiwillige Arbeit in all den Organisationen, dem Roten Kreuz, dem Hilfswerk der Volkshilfe, der Caritas ein unverzichtbarer Pfeiler gerade auch der Armutsbekämpfung ist, so wie gestern für das Haus Rosalie für in Bedrängnis geratene Frauen dort gesammelt wurde und auch viel Geld, glaube ich, ich hoffe, hereingekommen ist, das gehört anerkannt. Ich glaube, und ich möchte das ganz deutlich sagen, die öffentliche Armutsvorsorge und Sozialhilfe allein wird es nicht schaffen, aber genauso wie die private Fürsorge und Vorsorge unverzichtbar ist, ist selbstverständlich auch das Fangnetz einer öffentlichen Armutsbekämpfung erforderlich und dazu bekennen wir uns. Wir sollten uns da nicht lange mit Definitionen langweilen, aber die Armutsbekämpfung im öffentlichen Bereich hat unter anderem zwei Hauptsäulen. Das ist die Sozialhilfe und das ist die Beschäftigungspolitik. Und wir haben heute bereits einen wichtigen Antrag zur Beschäftigungspolitik, gerade für die Jugendlichen, gehabt und positiv in zwei Punkten auch abgestimmt, einstimmig, und wir haben auch in diesem Antrag, Frau Kollegin Binder, einen beschäftigungspolitischen Zusatz gefunden einvernehmlich, weil das, wie gesagt, ein gesichertes Einkommen ein ganz wesentlicher Faktor für die Armutsbekämpfung ist. Auf der anderen Seite, und das ist die banale Wahrheit, sind die Ausgaben der öffentlichen Hand für den Bereich Soziales in fast unvorstellbarer Höhe allein von 2004 auf 2005 gestiegen und das bitte jenen, die etwa behaupten, dass die Aufgabenkritik...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das stimmt nicht, bitte das Budget lesen.

Dr. **Piffl-Percevic**: ...im Bereich der Behindertenbeihilfe um 26 %, wir haben im Voranschlag 2005 127 Millionen Euro, wir haben im Rechnungsabschluss 2005 415 Millionen Euro gehabt und wenn man die Nettobelastung, 2003, entschuldige,

und wenn man die Nettobelastung rechnet, die sich erhöht hat, dann sind das durchaus Beträge, die in den meisten Bereichen weit über 20 % sind. Wir bekennen uns zu einer ausgewogenen Sozialpolitik, wir bekennen uns aber auch zu einer Sparpolitik und wir werden genau jeden Euro anschauen müssen, in welchem Ressort er immer ausgegeben wird, in jedem Ressort, damit wir ein unverzichtbares Ziel, Herr Stadtrat Riedler, auch eine ausgewogene Einnahmen-Ausgabenpolitik der Stadt zu schaffen, auch erreichen. Die Volkspartei wird sich daran sehr aktiv und konstruktiv beteiligen und, Frau Kollegin Binder, es wird nicht am Rücken der Armen auszutragen sein, das ist ganz klar, trotzdem noch eine De-facto-Richtigstellung: Im Antrag sprechen Sie, zumindest eine halbe Wahrheit, von einer 8,6 %-igen Steigerung der Arbeitslosigkeit im Monat April. Mir liegt erfreulicherweise, und auch das muss gesagt werden, jeder Arbeitslose ist einer zuviel, aber die Zahl für den Vergleichsmonat Mai schaut ganz anders aus. Die neueste Arbeitsmarktstatistik des AMS weist für den Vergleichsmonat Mai „nur“. Anführungszeichen, jeder ist zuviel, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr nicht von 8,6, sondern von 0,7 % aus. Eine Steigerung von 0,7, aber nicht von 8,6, jeder Prozentsatz ist zuviel, jede Steigerung ist zuviel. Aber wir sollen bitte nicht eines tun, uns über die Maßen kritisieren und selbst geiseln, wir sollen die richtigen Maßnahmen, aber mit Halbwahrheiten wird immer wieder herumgeworfen, ich würde das als eine Halbwahrheit bezeichnen, wenn das Datum für den April stimmt zwar, aber für den Mai...

Zwischenruf GRin. Binder: Dann ist das ja keine Halbwahrheit.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Dann ist das eine ganze Wahrheit.

Dr. **Piffl-Percevic**: Der Gemeinderat verdient die ganze Wahrheit und ich habe mir erlaubt, Sie anhand der neuesten Statistik zu liefern. In diesem Sinne sind wir für den Antrag, aber bei Richtigstellung des Inhaltes des Motivenberichtes (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Kahr** zum Antrag: Meine Damen und Herren! Wenn wir hier im Hause von Armut sprechen, und wenn ich mir so anhöre auch die einen oder anderen Argumente, dann denke ich oft, dass Sie nur meinen, Menschen, die leider sowieso schon in einer Situation sind, wo für mich sowieso unumstritten ist, dass die Stadt Graz ihrem Versorgungsauftrag nachkommen muss und ihnen zur Seite stehen muss, wenn wir reden von SozialhilfeempfängerInnen, wenn wir von Menschen reden, die Mindesteinkommen haben, da ist ja für mich gar keine Diskussion, dass wir hier die Verpflichtung haben, diesen Menschen zur Seite zu stehen. Für mich heißt aktive Sozialpolitik und da gibt es keine ausgewogene, sondern da muss ich ja trachten, dass nicht noch mehr Menschen in die Armut gelangen. Das heißt, jede Maßnahme, die wir hier im Hause setzen im Bereich von Tarifierhöhungen, von Belastungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, diese Personengruppen und Familien sind armutsgefährdet und werden auch dann von Armut betroffen und wir können, ich möchte hier gar nicht die ganzen Entscheidungen, die auf Bundes- und Landesebene getroffen werden, die ich für falsch halte, wenn wir von Sozialpolitik reden und die genau in die falsche Richtung gehen, wir müssen uns hier, auch in der Stadt Graz bei der Nase nehmen, jede Entscheidung genau überprüfen auf die Auswirkungen auf die Menschen hier in unserer Stadt. Und wenn wir reden von einem Recht auf Gesundheit, Recht auf menschenwürdiges Wohnen, von einem Recht auf einen Arbeitsplatz, dann ist auch jede Entscheidung hier im Hause auf diese Kriterien hin zu überprüfen. Und das kann nicht bedeuten weniger Gemeindewohnungen, sondern den Ausbau von mehr Gemeindewohnungen und das kann schon überhaupt nicht bedeuten, dass wir auch hier im Sozialbereich nicht von einem ausgewogenen Sparen, weil da möchte ich Sie auch ganz konkret fragen, wo wollen Sie hier noch sparen (*Applaus KPÖ*)?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh über diesen Antrag, weil er natürlich meinen Intentionen entspricht und ich ihn auch in den kommenden Prioritätendiskussionen und Budgetverhandlungen und Konsolidierungsgesprächen durchaus als Unterstützung sehe. Ich erlebe, dass wir hier alle sagen, in allen Fraktionen, natürlich ist uns der Kampf gegen Armut ein großes Anliegen, ich erlebe auch aber schon in den ersten Wortmeldungen zur Dringlichkeit, das, was immer spürbar ist in der Frage, wie wir Armut begegnen in dieser Stadt, und in der Gesellschaft haben wir sehr unterschiedliche Zugänge und sehr unterschiedliche Vorstellungen und ich möchte auch mich beziehen auf dich, werter Herr Klubvorsitzender, eines vorweg ganz deutlich sagen: Zwei Dinge sind für mich kontraproduktiv im Zugang zur Armutsbekämpfung, Punkt Nummer eins: Armut bekämpfen ist etwas anderes als Arme zu bekämpfen. Ich sage das auch im Zusammenhang mit vielen Maßnahmen und Diskussionen, die wir in dieser Periode auch schon hier im Zusammenhang mit Randgruppen gehabt und geführt haben und Armutsbekämpfung ist auch etwas anderes als Charity oder mehr als Charity und mehr als Benefiz, ich sage das deshalb, so sehr mir der Abend gestern gefallen hat (*Applaus SPÖ*), aber ich wünsche mir nicht, dass wir nach dem amerikanischen Beispiel und schlechten Vorbild in eine Gesellschaft gehen, in der sich der Staat immer mehr von seiner Verantwortung zur Armutsbekämpfung zurückzieht und dafür Ehrenamtliche, hauptsächlich Frauen, Charity- und Benefiz-Veranstaltungen machen, damit wenigstens halbwegs das Überleben von Menschen gesichert wird (*Applaus SPÖ*). Und noch etwas möchte ich sagen, und sozialverantwortliche Armutsbekämpfung ist natürlich auch mehr, als die Geldtasche zu öffnen und den Armen Geld sozusagen in die Hand zu drücken. Es ist schlicht und einfach die wichtigste und vordringlichste und die Hauptaufgabe der öffentlichen Hand, des Staates und aller öffentlichen Körperschaften, dafür zu sorgen, dass das, was an Ressourcen da ist, gerecht verteilt ist und der Unterschied im Zugang beginnt ja schon dort, wo wir uns ganz unterschiedliche Fragen stellen und wo wir die Ursachen unterschiedlich interpretieren. Wie ist denn der allgemeine Bewusstseinszustand und Zugang in unserer Gesellschaft gegenüber den Armen? Ich kann das sehr gut daran festmachen, wenn die, die betroffen sind, und die kommen natürlich hauptsächlich in meine Sprechstunden, vielleicht auch noch zu einigen anderen Stadtsenatskollegen oder Kolleginnen, aber sie kommen natürlich von der Ressortzuständigkeit her immer

mehr in meine Sprechstunden und dann erzählen sie mir ihre Lebensgeschichten und erzählen mir ihre Biografien und am Ende sagen sie, ich schäme mich so, Frau Stadträtin, für meine Wohnungslosigkeit, dass ich mich anstellen muss beim Sozialamt, dass ich meine Miete nicht bezahlen kann, dass ich meine Kinder nicht auf den Schikurs mitschicken kann. Und das ist Ausdruck eines vorherrschenden Bewusstseins dieser Gesellschaft, dass darin besteht, dass wir viel zu sehr dazu neigen, zwar wohl nach den Ursachen zu fragen, aber die Ursachen zu orten bei den Betroffenen, anstatt sie dort zu orten, wo sie tatsächlich sind, nämlich in den ungerechten Strukturen, in den ungerechten Verteilungen des großen Vermögens, dass da ist in unserer Gesellschaft. Wir haben soviel Vermögen in Österreich als siebentreichstes Land, dass niemand bei uns arm sein müsste, wenn wir uns endlich daran machen, für gerechte Verteilung zu sorgen (*Applaus SPÖ*). Die Frage, wie wir uns dem Thema Armut, und Armut bekämpfen ist natürlich auch eine Frage der Werte, die wir vertreten. Armutsbekämpfung geht nicht ohne Wertediskussion und ich denke schon, dass wir hier auch in diesem Hause sehr genau hinschauen müssen, welchen Zugang wir denn tatsächlich, gerade jetzt angesichts der Prioritätensetzung zu armen Menschen und deren Bedürfnissen haben. Und wenn wir über die Ursachen reden und wenn ich rede über die ungerechten gesellschaftlichen Strukturen und über die mangelnden Rahmenbedingungen, die tatsächlich gerechtere Verteilung herbeiführen könnten, dann reden wir bitte auch über die neoliberale Entwicklung in unseren eigenen Köpfen. Und wenn ich den Menschen sage, die zu mir kommen, sie brauchen sich nicht zu schämen, schämen müssen sich ganz andere, dann sage ich ihnen, wen ich meine damit, wer sich in dieser Gesellschaft schämen muss dafür, dass die Armut zunimmt, dass die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auseinander geht, dass über 20.000 Menschen in Graz armutsgefährdet sind. Es sind unter anderem, ich nenne einige, es sind die Ökonomen, nicht alle, aber es sind die Ökonomen und Publizisten, die die Gesellschaft wie Konzerne sehen und die die Stadt wie Konzerne betrachten und die glauben, dass man eine Stadt wie einen Konzern führen müsse und dabei vergessen, dass wir für Menschen Politik machen (*Applaus SPÖ*) und es sind diejenigen verantwortlich, die verantwortlich sind für das Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit, die in den großen Konzernen, nicht die kleinen Betriebe und die Mittelbetriebe, die sich Lehrlinge wirklich teilweise nicht mehr leisten können, weil die Menschen nicht mehr wettbewerbsfähig sind mit den Maschinen. Sondern es sind

die großen Konzerne, die großen Firmen, die großen Betriebe, die sich weigern, dass junge Menschen Arbeit kriegen. Die die dafür verantwortlich sind, dass in Österreich, meine Damen und Herren, 40.000 junge Menschen zwischen 14 und 18 weder in einer Ausbildung sind noch in einer Arbeit, das sind die zukünftigen Hauptplatzbesetzer, das muss uns klar sein. Und es sind diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass es einen permanenten Rückbau von öffentlichen Leistungen gibt und die den Stellenabbau im öffentlichen Dienst forcieren. Und es sind diejenigen, die die Armutsschere, die Schere zwischen Reich und Arm vergrößern durch eine ungerechte Steuerpolitik. Österreich hat eine der ungerechtesten Steuersysteme, die EU hat uns mehrmals dafür gerügt. Meine Damen und Herren, da ist doch etwas nicht in Ordnung, wenn acht Prozent des Steueraufkommens in Österreich nur von Vermögen und Gewinnen kommt, bei dem Vermögen, die vorhanden sind, und die restlichen 92 % von Arbeitnehmern und Arbeitsnehmerinnen, da kann doch niemand sagen, dass das ein gerechtes Steuersystem ist, wenn die, die es sich am besten leisten könnten, am meisten dazu beitragen könnten, das muss ein Ende haben, her mit einer gerechten Steuerpolitik (*Applaus SPÖ*). Und verantwortlich sind auch die, die den Menschen weismachen wollen, dass man ohne weiteres die Solidarität aufs Spiel setzen kann, ohne damit den sozialen Frieden für alle und den Wohlstand für alle zu gefährden. Und verantwortlich sind die, die alle, und ich sage das jetzt in aller Deutlichkeit, weil ich das so oft bei Diskussionen auch hier in diesem Haus in letzter Zeit erlebe. Verantwortlich sind alle die, die sich zunehmend infizieren lassen vom neoliberalen Virus, das wird langsam unerträglich, das wird eine Seuche, das ist eine Menschen verachtende, das ist eine zynische Seuche, das ist die Seuche derjenigen, die nur noch Zahlen denken und nicht in Parametern von Menschenschicksalen und Lebensläufen und Biografien (*Applaus SPÖ*). Um zur Prioritätendiskussion zurückzukommen, natürlich ist uns allen bewusst, dass der Haushalt saniert werden muss, natürlich wissen wir alle, dass das unumstößlich und nachvollziehbar ist und wir wissen auch, dass tiefe Einschnitte unvermeidbar sind, auch das ist nachvollziehbar. Aber dann heißt es, tiefe Einschnitte für alle. Ganz deutlich wird das dazugesagt, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, tiefe Einschnitte für alle, das haben wir schon einmal gehört 2000, alle müssen Opfer bringen, egal ob sie es sich leisten können oder nicht. Ich zitiere: „Die Konsolidierung ist ohne große Einschnitte im Sozialbereich nicht möglich“, sehr oft gehört in letzter Zeit. Da werden

politische Gewichtungen vorgenommen von solchen, die eigentlich nicht dazu berufen sind, die andere Aufgaben haben und da werden politische Gewichtungen vorgenommen jenseits jeden Wertedenkens, ohne das nach so altmodischen Dingen gefragt wird, ist das gerecht, garantieren wir damit ein gutes Leben für alle Menschen oder die Chance und das Recht auf ein gutes Leben? Nach so altmodischen Dingen wie soziale Standards, nach so altmodischen Dingen wie Menschenrechte und Grundbedürfnisse, nach so einem altmodischen Vokabular fragt man ja im Geiste des neoliberalen Virus, wie Würde, überhaupt nicht mehr. Ich kann dazu nur sagen...

Zwischenruf GR. Schönegger: Bitteschön.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ja bitteschön, ich bin noch lange nicht fertig, wir reden über das Thema Armut und davon sind Menschen betroffen und da wirst du wohl die Zeit haben zuzuhören und vielleicht sich zu bemühen, ein bisschen was zu verstehen (*Applaus SPÖ*). Marie Antoinette ist zurück, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr wisst, wer das war, das ist die, die dem Volk, wenn es halt kein Brot mehr hat, Kuchen verordnet, Marie Antoinette hat heute ein bisschen ein anderes Gesicht, Elfriede Haberl hat einmal geschrieben in einer ihrer Kolumnen: „Marie Antoinette weilt unter uns in Gestalt öffentlicher Meinungsträger und MeinungsmacherInnen, die an der privilegierten Position der Kuchenesser den Brotlosen selektive Vorgeben beim Kohlehydratkonsum nahe legen“, ein guter Befund für unsere Gesellschaft beziehungsweise füge ich hinzu, denen, die nichts haben, das Gürtel-enger-Schnallen nahe legen, denen die jetzt schon am Rande der Lebensqualitätsschüssel stehen, doch Verständnis für noch ein paar und noch ein paar und vielleicht noch einen weiteren Verzicht nahe legen, weil das muss ja jeder verstehen, da muss jeder seinen Beitrag leisten zum Herdenschuldenabbau, jeder und jede. So kann man nämlich im neoliberalen Geist von Entmenschlichung Solidarität auch definieren: Die Welt war immer schon ungerecht, warum sollte sie angesichts von Sparüberlegungen jetzt plötzlich gerechter werden. Und ich sage ja, sie kann gerechter werden, wenn wir das wollen, wenn wir die richtigen Prioritäten

setzen. Und eine Frage darf erlaubt sein und ich mag sie ganz laut stellen und ich mag sie auch erzürnt stellen: Woher nehmen jene, die vom Ungleichgewicht in dieser Gesellschaft am meisten profitieren, die Bestgebildeten, die Gutbezahlten, die Hochdotierten, die in ihrem Leben immer alle Chancen gehabt haben und alle persönlichen Ressourcen, diese auch zu nutzen, das moralische Recht, anderen Menschen eine Lebensweise aufzuzwingen, gegen die sie sich vehement selbst wehren würden, die für sie nie in Frage kommen (*Applaus SPÖ und KPÖ*)? Und ich sage auch das in aller Deutlichkeit, wer nie selbst erlebt hat, was Sparen heißt, was Verzichten heißt, was Groschen und Cent zählen heißt, soll sich einfach nicht so hinstellen und geschützt sagen dürfen, wir müssen eben alle Opfer bringen, weil das zynisch ist, weil das Menschen verachtend ist und weil es Betroffene beleidigt. Wer selbst nie einen pflegebedürftigen Menschen an seiner Seite erlebt hat und Verantwortung getragen hat für diesen, der soll nicht davon reden können, dass wir vielleicht bei den mobilen Diensten ein bisschen einsparen können und wer selbst unbescheiden lebt, hat kein Recht, andere zu noch mehr Bescheidenheit als bisher zu ermahnen. Und weil wir die Prioritätendiskussionen jetzt ja auch in den Ausschüssen führen aus aktuellem Anlass, möchte ich auch gerne eine klare Botschaft und einen klaren Appell an die ÖVP richten. Wenn Ihnen das, was in den letzten Ausschüssen und über die Medien mir mitgeteilt und uns mitgeteilt wurde, tatsächlich ernst ist, wenn Sie das so meinen, wie Sie das sagen, dann erwarte ich erstens von Ihnen heute, dass Sie diesem Antrag zustimmen und dann erwarte ich von Ihnen allen, vom gesamten Klub und vom Bürgermeister und vom Parteivorsitzenden und von mir aus auch die Unterstützung der ÖVP im Lande, dass die Prioritätendiskussion so endet, dass wir alle sagen, Graz braucht die Sozialstandards und dazu bekennen wir uns und Soziales ist ein Bereich, wo wir es uns nicht leisten können einzusparen. Das ist mein dringender Appell an Sie alle, aber Sie machen es ja ganz anders, es ist ja ganz anders gelaufen bei den Konsolidierungsverhandlungen von 2004 auf 2005. Das Erste, was der Bürgermeister herausgezogen hat, war die Statistik, und ich habe es ja heute schon wieder gehört, die Statistik mit den Steigerungen in der Jugendwohlfahrt und im Sozialbereich und ganz im neoliberalen Vokabular heißt es dann plötzlich, das können, wir uns alles nicht mehr leisten, das sagen Sie, weil Sie es sich nicht leisten wollen. Ob wir es uns leisten können ist eine Frage der politischen Gewichtung. Und eines wird in Zukunft nicht gehen, bei den Budgetverhandlungen, bei den

Konsolidierungsverhandlungen, bei den Sparpaketen mich zum Sparen zwingen, mich zum Sparen drängen, durch das ganze Rathaus und die Medien zu schreien, die Kaltenbeck ist die Einzige, die nicht sparen will und wenn ich dann in Ihrem Sinne, eh nicht im gleichen Ausmaß, wie Sie es sich vorgestellt hätten, Einsparungen treffen muss, die mir keine Freude machen...

Zwischenruf GR. Schönegger: Stimmt nicht.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...dann kommen Sie plötzlich und sagen, mein Gott, der Bürgermeister hat letztens gesagt, ja aber, Tatjana, da geht es ja um die Kinder, ja hat irgendjemand geglaubt, dass es im Jugendamt nicht um die Kinder geht? Und die Gemeinderätin Gesek ist dann gekommen und hat gesagt, ja mein Gott, da geht es ja um die Senioren, ja natürlich geht es genau um diese Zielgruppen, aber fällt euch das erst jetzt auf, wenn die tatsächliche Betroffenheit in den Gemeinderatsstücken am Tisch steht, hat die ÖVP vorher nicht gewusst, dass es im Sozialen und im Kinderbereich und bei Jugend und Familie genau um die geht, die das am dringendsten brauchen unsere Unterstützung? Die Kinder, die Alleinerzieherinnen, die Immobilen, die alten pflegebedürftigen Menschen, die Randgruppen...

Zwischenruf GRin. Potzinger: ...die weinenden Alleinerzieherinnen, die sich die Kinderkrippe nicht leisten können.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...die SozialhilfeempfängerInnen, die Wohnungslosen, 1500 Menschen in Graz sind in Wohnungsloseneinrichtungen. Ich bin neugierig, was ihr dann sagen werdet, wenn ich sage, wenn ich diese Einsparungen, wie ihr euch das vorstellt, vornehme, dann müssen 1500 Menschen auf der Straße stehen, bin ich neugierig, ob ihr dann sagt, um Gottes Willen, die armen Wohnungslosen, nein, Kaltenbeck braucht eh nicht einsparen. Sonntagsreden sind schön, aber ich möchte

von euch das klare Bekenntnis, das da lautet: Soziales hat Vorrang ab 2006 in dieser Stadt und dann können wir wieder glaubwürdig miteinander kooperieren (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Es ist fast alles gesagt worden, ich kann mich kurz halten, ich kann mit dem meisten übereinstimmen, was Stadträtin Kaltenbeck ausgeführt hat, auch die Worte der Elke Kahr. Ich möchte noch einmal Sie, Herr Klubobmann, bitten, das mit der Halbwahrheit zurückzunehmen, das verletzt mich sehr.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ich nehme die Halbwahrheit zurück, aber es ist die halbe Wahrheit.

GRin. **Binder**: Nein, es ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Aber ich nehme Ihre Entschuldigung an und möchte nicht mehr darüber reden. Ich habe im selben Bericht ,der im Sozialausschuss zur Diskussion gestellt wurde, nachgelesen: Armutsgefährdet sind in Graz insgesamt 32.384 Menschen und davon bitte 8.623 Kinder. Es geht um einen Rechtsanspruch und nicht um Almosen, aber auch das hat die Tatjana Kaltenbeck schon ausgeführt und ich glaube, wenn diese Stadtregierung wirklich zu diesem Einvernehmen kommen kann, nur in einigen Bereichen und da vor allem prioritär dem Sozialbereich einen Vorrang im Budget zu geben, dann heißt das für mich, nicht im Budget gleich zu bleiben, sondern es heißt mehr zu bekommen, das heißt tatsächlich, mehr zu bekommen und da bin ich neugierig zum Beispiel, wie solidarisch sich zum Beispiel die Wirtschaft verhalten wird, da bin ich neugierig, ob die Wirtschaft einmal nicht die Hand aufhalten wird, da meine ich, sollte die Wirtschaft einmal zeigen, dass sie selber auch für sich sorgen kann im Sinne des Ausgleichs, denn ich denke, Budgetpolitik ist auch und muss auch eine ausgleichende sein. Ich danke für die sehr grundsätzlichen Redebeiträge und freue mich, wenn dieser Antrag als Grundsatzantrag hier eine hohe Zustimmung findet.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Erhalt der Gruabn

GRin. **Jahn** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Jahn**: Nach langwierigen, mühseligen, anstrengenden Diskussionen während der Gemeinderatssitzung bin ich froh, dass jetzt überhaupt noch was geblieben ist, was ich einbringen kann, weil es hat ja zeitweilig so ausgesehen, als ob alles nicht der Geschäftsordnung entspricht. Wie gesagt, ich bin da anderer Meinung, wir haben ja vorher schon recht lange über die Inhalte für Pro und Kontra Erhalt der Gruabn gesprochen. Deswegen möchte ich jetzt gleich den Antragstext vorbringen, es wird sich daraus sicherlich eine Debatte ergeben.

Ich stelle im Namen der ALG den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, und jetzt bitte gut aufpassen:

1. Die als Bedingung für die Gültigkeit des Gemeinderatsbeschlusses A 8/4-21533/2003 und A 8 – 8/2005-6 geforderte Prüfung der Adaptierbarkeit der Gruabn für die Zwecke des Grazer Sportklubs wird dem Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung als Informationsbericht zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.
2. Der Gemeinderat hebt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.4. 2005, GZ.: A 8/4-21533/2003 und A 8 – 8/2005-6 auf,
3. die Stadt Graz bekennt sich zum Erhalt der traditionsreichen Sportstätte „Gruabn“ im Bezirk Jakomini,

4. die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, sämtliche notwendige Schritte für die Sanierung der Gruabn zu unternehmen, wobei die Sanierungskosten den Rahmen der in der Gemeinderatssitzung vom 14. April 2005, GZ: A 8/4-21533/2003 und A 8 – 8/2005-6 erteilten Projektgenehmigung für die Errichtung der Sportanlage Herrgottwiesgasse über € 1.270.000, Voranschlagsstelle, die erwähne jetzt nicht, die ist mir zu lange, nicht überschreiten dürfen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Danke, Frau Gemeinderätin! Ich komme nun, bevor wir in die Dringlichkeit treten, möchte ich Folgendes vorausschicken: Der dringliche Antrag ist insofern gültig, unter Einschluss des Antragstextes Punkt 1), der Punkt 2), 3) und 4) ist laut Mitteilung der Magistratsdirektion und der Finanzdirektion nicht zulässig, wobei die Magistratsdirektion sich eindeutig und klar beruft auf den § 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, wo unter anderem inhaltlich festgelegt ist, dass eine dauernde Belastung im Budget und es wären an und für sich die Punkte 2) und 3) von einem dringlichen Antrag auszuschließen sind. Da sind diese drei Punkte nicht zulässig.

Zwischenruf GR. Schönegger: Zur Geschäftsordnung

Bgm.-Stv. **Ferk**: Es ist eigentlich auch nicht eine Geschäftsordnungsdebatte zulässig, aber Herr Gemeinderat Schönegger, bitte.

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Unserer Ansicht nach stellt die banale Feststellung, dass die soeben

aufgezählten Punkte nicht zulässig sind, einen Antrag zur Geschäftsbehandlung dar und dieser ist gemäß § 20 Abs. 3 abzustimmen, das heißt jetzt noch einmal, es ist darüber abzustimmen, ob die Zulässigkeit gegeben ist oder nicht, unserer Meinung nach. Die Feststellung, dass ein Antrag nicht zulässig ist, stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung dar.

Dr. **Hammerl**: Der § 18 stellt eine Sonderregelung dar und daher ist eine weitere Antragstellung zur Geschäftsbehandlung nicht zulässig.

GR. **Schöneegger**: Noch einmal, unserer Meinung nach ist die Debatte bereits eröffnet worden, indem der Herr Vizebürgermeister festgestellt hat, dass diese drei Punkte nicht zulässig sind. Diese Feststellung stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung dar und dieser ist gemäß § 20 Abs. 3 zur Abstimmung zu bringen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Nein, Herr Gemeinderat, ich habe eindeutig den § 18 zitiert, also bitte jetzt nicht dann mir eine andere Sache zu unterschieben, haben Sie auch nicht getan, Sie waren der Meinung, dass in dieser Frage es auch anders geht. Meine Damen und Herren, der dringliche Antrag liegt am Tisch....

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Schauen Sie meine Damen und Herren, ich habe ja die Geschäftsordnung nicht gemacht, Sie auch nicht, unsere Vorgänger, sie ist korrekt, wir verlassen uns auf die Interpretation der Magistratsdirektion. Der dringliche Antrag liegt am Tisch mit dem Tagesordnungspunkt 1.

GR. **Zenz** zur Dringlichkeit: Nachdem nun hoffentlich alle Geschäftsordnungspunkte erledigt sind, wir haben heute sehr ausführlich sowohl bei der Fragestunde wie auch bei den Anfragen über das Thema Erhalt der Gruabn diskutiert, sehr emotionell diskutiert und auch der Herr Finanzstadtrat hat darauf hingewiesen, dass es eigentlich hier eher um eine sachliche Diskussion gehen sollte. Ich werde, obwohl ich mich von diesem Rednerpult als absoluter Sturm-Fan geoutet habe, auch versuchen, hier möglichst sachlich die Thematik zu behandeln. Wir haben heute, wie es die Kollegin Rücker schon gesagt hat, sehr viel über Meter gesprochen und nicht Meter auf der Meta-Ebene, sondern wirklich von dem Längenmaß ausgehend und ich möchte mich bei dir, Christine Jahn, Kollegin, auf deinen Motivenbericht ein bisschen beziehen. Du hast natürlich richtig recherchiert und gut recherchiert, dass die FIFA als oberstes Organ des Weltfußballs sagt, dass ein Fußballfeld zwischen 90 und 120 Meter lang sein soll und zwischen 45 Meter und 65 Meter breit sein soll. Was damit aber nicht gemeint war, dass jeder Fußballverein, egal wo er auf der Welt ist, in Rio de Janeiro, in Südafrika, in Australien oder eben in Graz sich aussuchen kann, was für eine Größe sein Fußballfeld hat, sondern dass es dann schon die nationalen und bei uns die regionalen Verbände sind, die festlegen, in welchem Rahmen diese Größen sind. Und da hat sich eben England entschlossen, und ich schaue sehr gerne englischen Fußball, für mich immer überraschend, ein bestimmtes Längenmaß zu nehmen, gültig für alle englischen Klubs, auch wenn sie in der Champions League dann spielen, einhalten müssen, aber halt alle englischen Klubs. Und es haben sich in der Steiermark, der steirische Fußballverband und ich habe es jetzt extra noch einmal nachgelesen, für ein bestimmtes Längenmaß entschieden. Jetzt können wir drüber diskutieren, ob wir uns jetzt alle zu Delegierten des Fußballverbandes machen und dorthin gehen, wir hätten gerne ein anderes Längenmaß, aber das könnten wir dort im Fußballverband diskutieren. Was feststeht, es gibt gewisse Vorgaben, diese Vorgaben sind einzuhalten und sind auch emotionslos zu diskutieren, außer man ist Delegierter im Fußballverband, um zu sagen, und das ist die Auflage, dass ein Fußballfeld vom steirischen Fußballverband bewilligt, ein Mindestmaß von 102 Meter haben muss und das ist uns schriftlich mitgeteilt, vollkommen emotionslos. Der Punkt ist, mir als Sturm-Fan tut es fürchterlich Leid, nachdem ich da 20 Jahre liebend gerne

am Fußballplatz war, dass es dort nicht mehr möglich ist, aber so ist es nun einmal. Das wäre der eine Punkt und anhand dessen und ich will da nicht weiter drauf eingehen, der Herr Finanzstadtrat hat das heute schon sehr ausführlich und genau beschrieben, warum das der Ausgangspunkt ist, warum dort kein Fußballplatz sein kann, also warum sollte man jetzt hier die Diskussion führen, wir bringen das schon hin, vielleicht können wir den Verband überreden, vielleicht kriegen wir eine Sonderbewilligung, übrigens Sturm Graz hat ewig mit Sonderbewilligungen gespielt und wäre es kein Bundesligaverein gewesen, hätten sie sie das wahrscheinlich gar nicht spielen lassen, aber das sei dahingestellt. Der zweite Punkt, warum ich auch noch sagen möchte, warum wir als SP-Fraktion weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zustimmen werden, obwohl das heute einigermaßen hin- und hergegangen ist, die Diskussion zum Thema Grünfläche. Wir von der sozialdemokratischen Fraktion haben mit einer Grünfläche, wo ein drei Meter hoher Zaun herumgebaut ist und wo große Plakate sind, wo man kaum reinschauen kann und der für die Öffentlichkeit nicht benutzbar ist, wir sehen das nicht als Grünfläche mit einem Erholungswert, den wir uns vorstellen, und das ist nun auch einmal der Punkt. Aus diesen Gründen und vor allen Dingen, was jetzt übrig geblieben ist, soweit ich das richtig verfolgt habe, geht es jetzt um eine Berichterstattung zu dem Gemeinderatsstück, das wir in der letzten Gemeinderatssitzung besprochen haben, wo bereits heute der Herr Finanzstadtrat sehr genau darüber berichtet hat. Übrigens, es war nie Thema bei dem Gemeinderatsstück, dass der Gemeinderat da einen Bericht bekommt, weil das heute so vehement eingefordert wird, als wäre irgendjemand säumig, da ist niemand säumig, weil in dem Gemeinderatsstück ist nie von einem Bericht an den Gemeinderat die Rede gewesen. Aus all den erwähnten Gründen werden wir als SP-Fraktion weder der Dringlichkeit noch dem Antrag unsere Zustimmung erteilen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war schon aus der vorhergehenden Debatte erkennbar, dass für uns eine wirkliche Dringlichkeit in der Frage der Zukunft der Gruabn gegeben ist, das heißt, wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Die Debatte, die jetzt sozusagen am Rande des Gemeinderates gelaufen ist, nämlich über die Zulässigkeit der einzelnen Punkte des dringlichen Antrages der

Frau Gemeinderätin Jahn ist etwas, das uns auch noch weiter beschäftigen wird. Ich denke, da gibt es einfach noch Diskussionsbedarf, ich möchte es jetzt hier nicht weiter ausbreiten, aber ich denke, ob man da wirklich immer bei allen Anträgen mit gleichem Maß misst, ist für mich eine offene Frage, wir möchten dem zumindest noch einmal nachgehen. Unbestritten bleibt, und ich weiß jetzt nicht, ob der Herr Stadtrat Riedler auch noch im Raum ist, es müsste eigentlich aus dieser Debatte, die in den letzten Stunden hier gelaufen ist, für den zuständigen Stadtsenatsreferenten sehr klar erkennbar sein, dass es auch eine sehr klare Mehrheit in diesem Gemeinderat für eine bestimmte Vorgangsweise gibt, nämlich zumindest für eine ernsthafte Prüfung einer anderen Vorgangsweise, als er sie bisher für nötig befunden hat (*Applaus ÖVP*). Und ich denke, aus demokratiepolitischen Erwägungen steht es mir durchaus an, dem Herrn Stadtrat das auch sehr ans Herz zu legen, diese Dinge ernst zu nehmen, denn das höchste Organ hier in diesem Raum ist der Gemeinderat. Es ist klar erkennbar, welche Richtung der Gemeinderat sich eigentlich wünscht, wenn nun in der nächsten Gemeinderatssitzung, denn dieser Punkt ist übrig geblieben und dieser Punkt wird ja auch eine Mehrheit finden, ein Informationsbericht vorgelegt werden wird, dann ist unsere Erwartung ganz eindeutig, dass dieser Informationsbericht klar zu erkennen gibt, dass auf die Argumente, die hier in diesem Raum ja auch früher schon genannt wurden, eingegangen wird und dass es eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema gegeben hat. Wir werden von unserer Seite auch beim nächsten Mal ganz klar sagen, was eigentlich unsere Wünsche wären und welche Prüfungen wir uns erwarten, wenn nicht mehr übrig bleibt, möchte ich das zumindest dem Herrn Stadtrat sehr klar mitgeben. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kahr:** Die KPÖ wird dem noch übrig gebliebenen Punkt des dringlichen Antrages von der Christina natürlich zustimmen. Wir finden es auch schade, dass die anderen Punkte hier nicht zur Behandlung kommen und ich kann hier der Gemeinderätin Fluch nur zustimmen, ich traue mich fast zu wetten, dass wir in den vergangenen Perioden bei ähnlichen Dringlichkeitsanträgen sehr oft anders entschieden haben. Aber ich will es nicht hundertprozentig behaupten, aber ich traue mich, darauf zu wetten. Zustimmung natürlich zu Dringlichkeit und Antrag (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zum Antrag: Zum Inhalt selbst haben wir heute ausführlich diskutiert, ich erwarte mir, wenn nur dieser eine Punkt überbleiben sollte, und so schaut es aus, dass wir so, wie Eva-Maria Fluch gesagt hat, dann auch einen Bericht bekommen, der auf die Punkte eingeht, die heute auch formuliert werden von verschiedenen Gemeinderatsmitgliedern. Mir ist es wichtig, auch festzuhalten, dass ich das nicht akzeptieren kann, was heute da über die Bühne geht, dass dieser Antrag nicht zulässig sei, dieser Gemeinderat hat am 14. 4. beschlossen, ein gewisses Geld von einer gewissen Finanzposition für ein Projekt auszugeben am Standort Herrgottwiesgasse. Es muss diesem Gemeinderat unbenommen bleiben zu sagen, wir sistieren diesen Beschluss vom 14. 4. hinsichtlich des Standortes und transferieren dieses Geld, das dieser Gemeinderat beschlossen hat, das die Finanzdirektion zur Verfügung gestellt hat, an einen anderen Ort. Ich nehme das nicht zur Kenntnis, dass das nicht zulässig sein soll (*Applaus ÖVP*). Zum Punkt dauernde finanzielle Belastung: Im herkömmlichen Sinn, so wie es wir in diesem Hause bisher gehandhabt haben und wenn ich mich richtig erinnere, eigentlich in jedem Rechnungshofbericht auch so dargestellt wurde, geht es bei diesen dauernden Belastungen in erster Linie um Strom, Wasser, Kanal, sprich: Betriebskosten, es geht um Instandhaltungs- und Modernisierungskosten, es geht um Personalkosten und vieles andere mehr. Es ist für mich nicht zulässig, mögliche Einnahmen oder Nichteinnahmen da in die Waagschale zu werfen, von der Finanzdirektion, die noch dazu so hypothetisch sind, weil sie voraussetzen, dass dieser Gemeinderat zweimal in Zwei-Drittel-Mehrheit irgendwas umwidmet und dann erzielen wir einen Erlös und dadurch haben wir einen Verlust und dadurch haben wir einen Zinsverlust, das ist an den Haaren herbeigezogen und wenn wir diesen Maßstab anlegen, werden wir keine dringlichen Anträge mehr haben, vielleicht ist das im Sinne des Gemeinderates, wenn wir das dann nicht mehr haben (*Applaus ÖVP*). Ich bin froh, wenn das protokolliert ist, und wir werden das sicher in dieser Frage weiter verfolgen, wenn es zu keinem anderen Beschluss kommt, werden wir halt in rund einem Monat diese Debatte wiederum führen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Bevor der Stadtrat Riedler das Wort ergreift, kann ja nicht so sein, auch wenn gesagt worden ist, heute als Vorsitzender halte ich mich danach, was die Geschäftsordnung zum Ausdruck bringt, meine Damen und Herren, um das geht es, sonst brauchen wir uns ja keine Geschäftsordnung geben lassen, das ist ja wohl auch klar in diesem Hause, das ist das Erste. Und eines möchte ich in dem Fall ersuchen an den Kollegen Detlev Eiselsberg, also mit Drohungen werden wir auch in dieser Frage nicht sehr weit kommen und daher wäre es doch angebracht, diese Diskussion weiterhin doch in einer Sachlichkeit zu führen (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte zuerst zur Frau Gemeinderätin Fluch was sagen. Ich brauche ehrlich gesagt keine Aufforderungen, dass ich mich an Gemeinderatsbeschlüsse halte, das tue ich selbstverständlich, ich habe das auch heute mehrfach zum Ausdruck gebracht. Was ich nicht tun werde ist,...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch unverständlich.

Dr. **Riedler**: Entschuldigung, du bist doch Juristin oder? (*GRin. Mag. Fluch verneint*). Das merkt man, wenn du Juristin wärst, dann würdest du ein bisschen genauer argumentieren in dieser Sache. Faktum ist, dass ich die Realität nicht beugen werde und ich werde weiterhin die Berichte vorlegen, die von den Ämtern gemacht werden, ich habe sie nicht bei mir am Schreibtisch geschrieben, auch nicht bei mir zu Hause im Wohnzimmer oder sonst irgendwo, sondern ich habe die Berichte, ich werde die Berichte zur Entscheidungsgrundlage einbringen, die ich heute auch schon

vorgetragen habe. Außer es ändert sich was und ich glaube, ich habe doch sehr, sehr....

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Riedler**: Nein, hat sich noch nicht aus meiner Sicht, aber wir werden sehen. Ich weiß nicht, warum alle in der Sache so mit Schaum vor dem Mund argumentieren, man kann doch einander zuhören, ich habe jetzt noch nichts gesagt, was irgendwen aufregen kann. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass ich bis jetzt nichts anderes getan habe, als Argumente zu bearbeiten und das werde ich auch in Zukunft tun, ich werde meine Ämter ersuchen, alle noch nicht beantworteten offenen Fragen auch noch zu beantworten. Ich möchte nur vor einer Sache warnen, und das ist etwas, was der Kollege Eiselsberg gemacht hat heute. Wir haben heute in Misskredit oder in Frage gestellt Entscheidungen der Abteilungsvorständin und auch der MitarbeiterInnen des Liegenschaftsverkehrs, des Finanzdirektors...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Riedler**: Nein, Moment, ich rede über was, was er gemacht hat, ich versteckte mich überhaupt nicht. Entscheidungen beziehungsweise Einschätzungen, die der Finanzdirektor getroffen hat, Einschätzungen, die die Direktorin des Präsidialamtes getroffen hat und die aus dem Verfassungsdienst gekommen sind, all das ist heute so über den Tisch weggeschoben worden, man hat gesagt, das stellen wir in Zweifel, ist ja das gute Recht, alles in Zweifel zu stellen, ich weiß nur nicht, wo wir da hinkommen werden, wenn wir prinzipiell die Entscheidungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für unwahr, unrichtig oder manipuliert halten und

davor möchte ich schon sehr deutlich warnen, meine Damen und Herren. Und dann der demokratische Wille kann die Schwerkraft nicht aufheben, das weißt auch du, ihr könnt hundertmal sagen, es ist irgendwas nicht wahr und wenn dann der Beweis dazu nicht kommt, dann wird das alles nichts nützen. Jetzt möchte ich einen weiteren Schritt gehen, weil ich das immer sehr transparent gehandhabt habe, alle Argumente auf den Tisch gelegt habe, alles abgewogen habe, nachweisen kann, ich kann es nur noch einmal sagen, was vom Fußballverband, was vom Bauamt, was vom Stadtplanungsamt, übrigens auch von den Landesdienststellen, gekommen ist, von der Verkehrsplanung vom Land, von der Baurechtsbehörde vom Land, wir haben uns überall erkundigt, wir haben überall die Informationen bekommen, nur gewisse Kolleginnen und Kollegen sind gescheiter als alle Beamten und alle Experten und das muss man zur Kenntnis nehmen. Sie glauben halt, dass das noch immer nicht stimmt oder noch immer als Information nicht reicht. Gut, wir werden also entsprechende Vorlagen bringen das nächste Mal, für mich keine Frage, und ich werde ergänzend den Stadtrechnungshof ersuchen, alle Varianten zu untersuchen, damit wir auch das nicht mehr in Zweifel ziehen können. Es kann ja sein, dass sich meine Ämter getäuscht haben, dass ich mich getäuscht habe, dass da ganz was anderes herauskommt. Der Stadtrechnungshof soll die Varianten, damit man nämlich auch sieht, was tatsächlich teurer ist und was weniger teuer ist, wie die Kosten genau anschauen,....

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Riedler**: Entschuldigung, das ist mein Recht, als Stadtsenatsreferent den Stadtrechnungshof beizuziehen, dieses Recht werde ich in Anspruch nehmen, ich tue es das erste Mal, weil hier so großes Misstrauen und so großer Zweifel ist, wir werden dann sehen, wie diese Prüfung des Stadtrechnungshofes...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch unverständlich.

Dr. **Riedler**: Ich frage mich, wieso du schon wieder weißt (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*), was das Ergebnis dieser Prüfung sein wird, das wundert mich ein bisschen. Ich weiß es nicht und wir werden im Juli ganz genau sehen, was das Ergebnis wiederum dieser Untersuchungen ist. Irgendwann wird man halt zur Kenntnis nehmen müssen, was Faktum ist und dann kann man halt nicht mehr herumbiegen, kann man nicht sagen, noch mit der 95. Variante kommen, dann kommen nicht Prallwände, sondern dann sind es nur mehr 90 Meter vielleicht, weil dem Sportstadtrat ein Fußballplatz, der 90 Meter lang ist, auch schon lang genug wäre, werden wir sehen, vielleicht kommt der Vorschlag auch noch, ich erwarte das alles, wird alles kommen, dann wird die Stadt Graz vielleicht den einzigen 90-Meter-Platz der Steiermark haben und dann wird es vielleicht auch nicht genehmigt werden, wir werden alles sehen. Aber wirklich, ihr seht mich lächeln, mit größter Transparenz alles auf den Tisch, alle entscheiden, ihr werdet die Entscheidungsgrundlage haben, genauso wie es bisher der Fall war. Bitte nicht so tun, als ob bisher die Informationen nicht transparent geflossen wären, es sind heute ganz dicht alle Informationen gekommen, die im Moment vorliegen, alle gehen in diese Richtung. Der Einzige, der das anders sieht, ist der Sportstadtrat, dem es offenbar völlig egal ist, wie viel Geld wir da ausgeben. Gut, nehme ich zur Kenntnis. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Zuerst einmal zu den nicht zugelassenen Punkten. Ich hoffe, dass wir noch eine ganz genaue Begründung bekommen, warum die einzelnen Punkte nicht zugelassen sind, insbesondere der Punkt 2) ist mir nicht schlüssig, wieso der jetzt nicht zugelassen ist, da hoffe ich, dass es da noch eine konkretere Auskunft dazu gibt, weil ich das einfach nicht nachvollziehen kann. Jetzt muss ich auf die ganzen Sachen eingehen, die gekommen sind, ich wollte ja nicht mehr über die Spielfeldgröße reden, ich habe gedacht, wir haben das hinlänglich besprochen. Aber ich muss jetzt leider, es tut mir Leid, ich muss es jetzt leider noch einmal korrigieren. Ich habe natürlich mich auf die FIFA-Regeln als höchste Instanz bezogen, aber

natürlich habe ich mich auch beim steirischen Fußballverband erkundigt und in den Vorschriften für die Sportstätten, in der die Spielfeldgröße mit mindestens 45 x 90 Meter, ideal 64 x 102, ausgewiesen ist.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das geht uns nichts an. Das ist Fußballverband.

GRin. **Jahn:** Ja, danke für den Kommentar, aber wenn da hier die Ansage kommt, Steiermark hat eine andere Regelung, dann muss ich...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Dann müssen Sie beim Fußballverband anrufen.

GRin. **Jahn:** Ja eh, das wollen wir eh machen, keine Sorge, wir werden natürlich auch mit dem steirischen Fußballverband darüber reden, wie sie ihre eigenen Regeln auslegen, finde ich auch ein spannendes Thema, aber ich wollte das nur der Korrektheit halber hier noch einmal erwähnt haben. Das ist der eine Punkt. Zu den Ausführungen von der Frau Fluch und auch von Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg, denen kann ich inhaltlich nur zustimmen. Es ist halt wahrscheinlich auch nicht leicht für die SPÖ, einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass offensichtlich die Mehrheit herinnen eine andere Meinung hat und dass es offensichtlich auch Belege für unsere Meinung gibt, die halt nicht so leicht von der Hand zu weisen sind. Ich finde das demokratiepolitisch nicht bedenklich, wenn man erkennt, dass ein Gemeinderatsstück, das man beschlossen hat, das war vielleicht wirklich nicht der Weisheit letzter Schluss, ich finde das nicht bedenklich, dass man wieder darüber nachdenkt und sich Alternativen dazu vorstellen kann, also ich finde, die SPÖ diskreditiert unser Recht darauf, Dinge in Frage zu stellen, die wir zwar beschlossen

haben, zugegebenermaßen, aber trotzdem, wo man einfach sagen muss, wenn ein Fehler passiert ist, dann werden wir das ja wohl korrigieren können.

Zwischenruf GR. Zenz: Das ist die Geschäftsordnung, nicht die SPÖ.

GRin. **Jahn:** Ja wie gesagt, ich hoffe auch, wir werden noch nähere Informationen von der Finanzdirektion bezüglich des Grundstücksbewertungsgutachtens bekommen, da bin ich dann gespannt, auf welcher Basis das ist.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.